

Beschlussempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Beatrix von Storch, Jörn König, Hauke Finger,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/4279 –**

Verbot der Islamischen Revolutionsgarde des Iran in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion der AfD weist auf die Gefahren, die von der Revolutionsgarde des Iran sowohl für das iranische Volk als auch für Deutschland ausgehen, hin und vertritt die Auffassung, dass die bisherigen internationalen Reaktionen und Sanktionen unzureichend seien, um diesen Gefahren angemessen zu begegnen.

Sie fordert die Bundesregierung insbesondere auf, ein Verbot der Islamischen Revolutionsgarde in Deutschland zu erlassen und ihre Aktivitäten in Deutschland wirksam zu unterbinden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme der Vorlage.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/4279 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2026

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Caroline Bosbach
Berichterstatterin

Christopher Dröbler
Berichterstatter

Helge Lindh
Berichterstatter

Lamya Kaddor
Berichterstatterin

Ferat Koçak
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Caroline Bosbach, Christopher Drößler, Helge Lindh, Lamya Kaddor und Ferat Koçak

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/4279** wurde in der 59. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Februar 2026 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 18. Sitzung am 4. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4279 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 25. Sitzung am 4. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4279 empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 18. Sitzung am 4. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4279 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 18. Sitzung am 4. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4279 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4279 in seiner 27. Sitzung am 4. März 2026 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 4. März 2026

Caroline Bosbach
Berichterstatlerin

Christopher Drößler
Berichterstatter

Helge Lindh
Berichterstatter

Lamya Kaddor
Berichterstatlerin

Ferat Koçak
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.